

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/87

Bonn, den 7. Mai 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Städterneuerung als Gemeinschaftsaufgabe</u>	74
	Bemerkungen zum Wohnungs- und Städtebaukongreß der SPD am 13. und 14. Mai 1965 in Bremen	
	Von Rolf Schwedler, Senator für Bau- und Wohnungswesen, Berlin	
3 - 4	<u>Krebserklärung ist unabdingbar !</u>	47
	Hessische Landesregierung ermöglicht kostenlose Vorsichtsuntersuchungen	
4	<u>Ein Kommunalpolitiker von Format</u>	25
	Zum Tode von Rudolf Heiland	
5 - 6	<u>Eine kühne Vision</u>	66
	Gewagte Vorschläge zur Ausweitung des Ost-West-Handels	
	Von Pierre Simonitsch, Genf	

Stadterneuerung als Gemeinschaftsaufgabe

Bemerkungen zum Wohnungs- und Städtebaukongreß der SPD
am 13. und 14. Mai 1965 in Bremen

Von Rolf Schwedler,
Senator für Bau- und Wohnungswesen, Berlin

Jedem, der mit offenen Augen durch die Bundesrepublik fährt, werden die krassen, zum Teil das Gemeinwesen bedrohenden baulichen Mängel in unseren Städten eindrucksvoll deutlich. Schlechte Wohnquartiere, mangelnde Gemeinschaftsanlagen, insbesondere unzureichende Straßen, Grünflächen, Spielplätze, Schulen, fehlende bauliche Voraussetzungen befriedigender Arbeitsverhältnisse usw. sind weithin kennzeichnend.

Das volle Ausmaß dieser Mißstände läßt sich noch gar nicht überblicken. Allein gut 25 Prozent aller Bürger der Bundesrepublik sind heute noch gezwungen, in unzureichenden Wohnverhältnissen zu leben. Dies zu ändern, ist eine dringende und zugleich große und schwere Aufgabe, die der Baupolitik in den kommenden Jahrzehnten einen neuen Schwerpunkt geben wird.

Stadterneuerungsmaßnahmen stellen jeweils schwerwiegende Eingriffe in gewachsene Strukturen dar und bestimmen zugleich sehr wesentlich die künftige Entwicklung. Sie erfordern deshalb eine besonders sorgsame und gründliche Planung und Vorbereitung. Für diese ist in erster Linie die öffentliche Hand verantwortlich. Sie kann jedoch diese Aufgabe nicht allein durchführen, sondern bedarf möglichst weitgehender Unterstützung durch die in den Sanierungsgebieten Wohnenden und Arbeitenden, die verständlicherweise ein besonderes Interesse daran haben, daß ihren Wünschen nach Möglichkeit Rechnung getragen wird. Darüber hinaus ist es notwendig, daß sich die Verwaltung bei der Erarbeitung der Konzeption der Erneuerung von der Wissenschaft, etwa im Rahmen gutachtlicher Äußerungen, beraten und anregen läßt. Es genügt nicht, die Mißstände zu beseitigen; es muß zugleich ein optimaler städtebaulicher Effekt angestrebt und die Wirtschaftskraft der Gemeinde durch die Stadterneuerung gestärkt werden.

Für die Durchführung der erforderlichen Erneuerungsmaßnahmen kann nur die öffentliche Hand verantwortlich sein. Soweit möglich und zweckmäßig, sollten die Grundstückseigentümer die erforderlichen Maßnahmen selbst durchführen. In großstädtischen Ballungszentren werden jedoch angesichts der enormen Schwierigkeiten in der Regel Sanierungsträger eingesetzt werden müssen, zu deren Aufgabe auch die Betreuung der zur Mitarbeit bereiten Grundstückseigentümer gehört. Die verständnisvolle Mitwir-

kung der räumungsbetroffenen Wohnungs- und gewerblichen Mieter und Angehörigen freier Berufe ist für eine zügige Durchführung der Erneuerungsmaßnahmen unabdinglich. Der öffentlichen Hand kommt hierbei die Aufgabe zu, die Betroffenen umfassend zu informieren und, soweit möglich, ihnen Hilfe zu gewähren.

Die enormen Kosten der Stadterneuerung, die in ihrer endgültigen Höhe noch gar nicht zu übersehen sind, sicherlich jedoch die Größe von 100 Milliarden DM erreichen werden, können nur gemeinsam durch privates Kapital und öffentliche Mittel gedeckt werden, wobei die öffentliche Hand die notwendigen Zuschüsse übernehmen muß. Nur Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam können diese Mittel aufbringen.

Bisherige Erfahrungen und das Beispiel des Auslandes lehren uns, daß für die rechtliche Sicherung der Planung und der fristgerechten Durchführung der Sanierungsmaßnahmen, für eine Vermeidung unnötiger Kosten sowie für die Finanzierung der Stadterneuerung es einer besonderen Gesetzgebung bedarf. Es muß verhindert werden, daß angelaufene Sanierungsmaßnahmen steckenbleiben. Eine fristgerechte Durchführung kann nur dann gesichert werden, wenn der öffentlichen Hand entsprechende Handhaben auf gesetzlicher Grundlage gegeben werden. Das Bundesbaugesetz reicht hierfür nicht aus.

Bei den Bebauungsplänen muß künftig eine rechtswirksame Kennzeichnung abzubrechender Gebäudeteile erfolgen. Zugleich müssen bessere, vor allem schnellere Übereignungsmöglichkeiten für die Fälle geschaffen werden, in denen die Durchführung einer im Bebauungsplan festgesetzten Maßnahme von nicht zur Mitwirkung bereiten Eigentümern blockiert wird. Erforderlichenfalls müssen im Zusammenhang mit der Durchführung von Sanierungsmaßnahmen Miet- und Pachtverträge bei angemessener Entschädigung aufgehoben werden können. Zur Vermeidung unnötiger Kosten sollten frühzeitig wertsteigernde Maßnahmen unterbunden, eine Genehmigungspflicht etabliert und Sanierungsgewinne und Spekulationen verhindert werden. Ein möglichst umfassender Planungswertausgleich sollte erfolgen. Für die Bemessung von Entschädigungen für abzubrechende Gebäudesubstanzen muß ein neuer Maßstab gefunden werden, der den Gedanken einer aus den Mißständen resultierenden erhöhten Sozialbindung des Eigentums Rechnung trägt. Die Legislative ist aufgerufen, diese dringend erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen der Stadterneuerung zu schaffen. - Mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik wird unmittelbar von der Stadterneuerung betroffen, mittelbar praktisch alle Bürger. Alle, Legislative und Exekutive, Wirtschaft und Wissenschaft, und nicht zuletzt die gesamte Bürgerschaft, sind aufgerufen, im Sinne verständnisvoller Zusammenarbeit die Aufgabe der Stadterneuerung, eine der echten großen Gemeinschaftsaufgaben unserer Zeit, zu erfüllen.

Krebsaufklärung ist unabdingbar !

Hessische Landesregierung
ermöglicht kostenlose Vorsichtsuntersuchungen

sp - Das Schreckgeespenst Krebs existiert nach wie vor. Obwohl Wissenschaft und praktische Medizin dieser in mannigfachen Formen auftretenden Krankheit nicht mehr so machtlos wie früher gegenüberstehen, fordert der heimtückische Krebs alljährlich immer noch zahlreiche Opfer. Die Zahl der Opfer ließe sich jedoch mehr und mehr reduzieren, wenn die Bevölkerung der vom Staat geförderten Krebsaufklärung und Krebsberatung noch aufgeschlossener und in noch größerem Maße gegenüberstehen würde.

Hessens Gesundheitsminister Heinrich Hemsath weist immer wieder darauf hin, daß die Früherkennung noch die beste Gewähr ist, dieser von vielen Menschen fälschlicherweise als unheilbar bezeichneten Krankheit wirksam zu begegnen. Ärzte und Gesundheitsbehörden richten laufend eindringliche Appelle an alle Frauen, von der Möglichkeit einer Vorsichtsuntersuchung in den Krebsberatungsstellen des Landes Hessen Gebrauch zu machen.

Es gibt in Hessen elf staatlich geförderte Krebsberatungsstellen und drei weitere Beratungsstellen, die auf Grund örtlicher oder privater Initiative unterhalten werden. Sie stehen in allen Teilen des Landes zur Verfügung, und zwar in Darmstadt, Frankfurt (zwei), Fulda, Gießen, Hanau, Kassel, Limburg, Marburg, Offenbach und Wiesbaden. Dazu wurden nach eingehenden wissenschaftlichen Erörterungen 1963 besondere cytologische Einsendelaboratorien eingerichtet, denen die freipraktizierenden Ärzte im Krebsverdachtsfall oder bei reinen Vorsichtsuntersuchungen Abstrichmaterial auf Krebs einsenden können. Solche Laboratorien gibt es in Fulda, Frankfurt (zwei), Kassel, Marburg, Gießen, Darmstadt (zwei) und in Wiesbaden.

Die Erfolge auf Vorsichtsuntersuchungen liegen klar auf der Hand: 1954, als es allerdings noch nicht so viele Krebsberatungsstellen gab, ließen sich nur 3 500 Frauen untersuchen. 1961 waren es 18 298 Frauen, von denen 45,9 Prozent aus eigenem Antrieb eine Beratungsstelle besuchten.

Von 173 festgestellten bösartigen Geschwulsten waren 37 Rückfälle. Die entdeckten bösartigen Erkrankungen hatten in 16,2 Prozent ihren Sitz in der Brust. 80,1 Prozent wurden in den Unterleibsorganen der untersuchten Frauen und in vier Fällen in Blase und Darm festgestellt. Bei 6 404 Frauen - also fast ein Drittel der Untersuchten - war eine ärztliche Behandlung angezeigt.

Es gibt leider noch zu viele Frauen, die den Weg zur Krebsberatung scheuen. Das ist falsch! Viele, die in diesem Zusammenhang den Weg zu einem frei praktizierenden Arzt vorziehen, müssen wissen, daß in Hessen über die Arbeit der Krebsberatungsstellen hinaus mehr als bisher die ärztliche Allgemeinpraxis und die Praxis des in Stadt und Land frei praktizierenden Facharztes zur Krebsbekämpfungsstelle Nummer "eins" geworden ist.

Zur Krebsvorsorge gehört jedoch auch unabdingbar die laufende Krebsaufklärung, die mit finanzieller Unterstützung des Landes als Gemeinschaftsaufgabe der Vorsichtsuntersuchungsstellen, der frei praktizierenden Ärzte zusammen mit dem Roten Kreuz und der Hessischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung intensiv durchgeführt wird.

In Hessen wird, das zeigen auch diese Beispiele aus dem Bereich der Krebsaufklärung, die große Gemeinschaftsaufgabe Gesundheit ernst genommen.

+ + +

Ein Kommunalpolitiker von Format

Zum Tode von Rudolf Heiland

so - Äußerlich schien Rudolf Heiland, ein kräftig gebauter Mann mit seinen 54 Jahren kerngesund zu sein. Er strotzte von Temperament, ein nie erlahmender Arbeitseifer bestimmte sein Tun. Die Nachricht von seinem plötzlichen Tode überraschte und bestürzte alle, die ihn kannten. Die Stadt Marl, am Rande des Ruhrgebietes gelegen, verlor mit Rudolf Heiland einen ihrer größten Söhne, die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion einen Kommunalpolitiker von hohem Rang und der Deutsche Gemeindetag seinen Vizepräsidenten. Rudolf Heiland war ein recht eigenwilliger und nicht immer bequemer Mann. Doch wenn er etwas anpackte, dann geschah es mit ganzer Kraft.

Die aufstrebende Stadt Marl hat ihm unendlich viel zu verdanken. Unter der Leitung Heilands wurde das ehemalige Dorf zu einer blühenden und großangelegten Stadtgemeinde, zum Mekka aller Kommunalpolitiker. Das Krankenhaus gehört zu den modernsten Europas, die Volkshochschule zu den vorbildlichsten in der Bundesrepublik. Heiland verstand es, tüchtige Architekten und Mitarbeiter heranzuziehen, weltberühmte Künstler zählten zu seinen Freunden. Jedes Kind in Marl kannte seinen Bürgermeister. Seit 1946 leitete Heiland ununterbrochen mit sicherer Hand die Geschicke der Stadt, und bei jeder Wahl erhielt er wachsende Mehrheiten - eindrucksvollster Beweis des Vertrauens, das ihm die Bevölkerung entgegenbrachte. Seit 1949 gehörte er dem Deutschen Bundestag an, als Sprecher und Fachmann für Kommunalangelegenheiten fand er stets ein aufmerksames Ohr. Die reiche Fülle seiner Erfahrungen und ein manchmal überauchäzendes Temperament gab seinen Reden Schwung und Farbe.

Mit Rudolf Heiland verschied seit dem Zusammentritt des ersten Deutschen Bundestages der 68. sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete.

+ + +

Eine kühne Vision

Gewagte Vorschläge zur Ausweitung des Ost-West-Handels

Von Pierre Simonitsch, Genf

Der Ost-West-Handel kann und soll in den nächsten fünf Jahren um mindestens 100 Prozent gesteigert werden. Allgemein akzeptable Regeln sollen zu einer Ausdehnung des Warenaustausches zwischen Ost und West auf multilateraler Basis sowie zu einer hochgradigen Diversifizierung, Zuverlässigkeit und Stabilität führen. Es muß versucht werden, pragmatische Wege zu einer umfassenden industriellen Zusammenarbeit zwischen den beiden Blöcken zu finden. Mit diesen drei Leitsätzen läßt sich der Rapport einer von der UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) geschaffenen Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des rührigen schwedischen Botschafters Baron von Platen resümieren, der zu Beginn dieses Jahres allen interessierten Regierungen zugeleitet wurde und nun an der im Genfer Völkerbundpalast stattfindenden Jahreskonferenz der ECE zur Diskussion steht.

In seiner einleitenden Rede führte Botschafter von Platen vor den rund 150 Delegierten aus, daß eine Liberalisierung des Ost-West-Handels Hand in Hand mit Garantien gegen mögliche "Marktstörungen", die beispielsweise bei einer staatlich gelenkten Dumpingpolitik eintreten würden, vor sich gehen müßte. Dumpingpreise oder ein plötzlicher einseitiger Abbruch der Handelsbeziehungen aus irgendwelchen politischen Gründen würden sich im betroffenen Lager durch eine schwerlich zu absorbierende Arbeitslosigkeit auswirken. Infolgedessen sollte im Rahmen der ECE ein multilateraler Mechanismus geschaffen werden - nach dem Vorbild des GATT -, an den sich alle Staaten im Falle von eintretenden Schwierigkeiten wenden können. Zur Beseitigung der monetären Hindernisse (die Ostwährungen sind gegenwärtig nicht konvertierbar) und zur Stimulierung des Handels wäre die Gründung einer gemeinsamen "Europäischen Entwicklungsbank" von Nutzen.

Jährliche Zunahme um elf Prozent

Der Warenaustausch zwischen Ost und West hat zwischen 1950 und 1963 wertmäßig um durchschnittlich elf Prozent jährlich zugenommen. Bisher haben die kommunistischen Staaten jedoch im Westen fast ausschließlich Investitionsgüter eingekauft, was in den Kreisen der Verbrauchsgüterindustrie eine gewisse Skepsis in bezug auf die Möglichkei-

ten des Osthandels hervorgerufen hat. Aber mit dem Essen kommt der Appetit, meint Botschafter von Platen. In den nächsten Jahren werden die kommunistischen Regierungen zweifellos der Einfuhr von Konsumgütern größeres Augenmerk zuwenden müssen. Die Beibehaltung des gegenwärtigen Systems von bilateralen Handelsabkommen könne aber kaum zu der erwünschten Stabilität und zu einer internationalen Arbeitsteilung führen.

Die Oststaaten sind mit den Vorschlägen der Ost-West-Arbeitsgruppe grundsätzlich einverstanden, weil diese genau ihren Wünschen auf Zugang zu den westlichen Märkten entsprechen. Gleichzeitig würde eine Multilateralisierung des Warenaustausches unter UNO-Patronat dem Ostblock wahrscheinlich die gefürchtete Anerkennung der EWG ersparen. (In diesem Zusammenhang scheint der Umstand erwähnenswert, daß die Brüsseler EWG-Kommission bereits vor einiger Zeit versucht hat, mit der Sowjetunion ins Gespräch zu kommen. Über den holländischen Botschafter in Moskau wurden den Russen Handelserleichterungen für bestimmte Konsumgüter angeboten - der Versuchsballon blieb jedoch bisher ohne Antwort.)

Was haben die Ostblockländer zu bieten ?

Was haben die kommunistischen Staaten dem Westen als Gegenleistung für eine Liberalisierung der Einfuhrbestimmungen zu bieten? Die Auffassungen darüber gehen wie eh und je weit auseinander. Ist eine Abkehr von den bilateralen Abkommen - die einen ausgeglichenen beiderseitigen Vorteil garantieren - und die Schaffung eines komplizierten multilateralen Handelsmechanismus wirklich realistisch? Bisher stimmen in der Diskussion nur diejenigen westeuropäischen Delegationen freies Herzens einer Multilateralisierung zu, deren Osthandel gegenwärtig geringes Ausmaß erreicht. Länder wie Österreich, Finnland, Italien und Griechenland stehen dem Experiment skeptisch gegenüber. Man erwartet nunmehr, daß die für zweieinhalb Wochen einberaumte Konferenz eine Resolution ausarbeiten wird, die dem Ausschuss für Ost-West-Handel das Weiterbestehen sichert und ihn auffordert, aus den allgemeinen und vielfach unrealistisch scheinenden Vorschlägen heraus seine Studien auf die praktischen Möglichkeiten der erfolgversprechendsten Punkte zu konzentrieren. Dies ist auch der Wunsch der Delegation der USA, die als einziges nichteuropäisches Land Mitglied der ECE sind.